

Protokoll Nr. 1 (2015-2019)

der öffentlichen Planungskonferenz des Beirates Vahr am 21.11.2017 in der Mensa der Grundschule Paul-Singer-Straße: „Bildung für Chancengerechtigkeit und Integration – Sprache und Elternarbeit in den Vahrer Kitas und Grundschulen“

Beginn: 18.30 Uhr Ende: 22:00Uhr

Anwesend waren:

- a) vom Beirat
- | | |
|---------------|---------------|
| Herr Andreßen | Herr Benthien |
| Herr Dicke | Herr Emigholz |
| Frau Früh | Herr Gerkmann |
| Herr Dr. Haga | Herr Maas |
| Herr Michalik | Herr Siegel |
| Frau Schulz | |
- b) vom Ortsamt
- Frau Dr. Mathes
Herr Berger
- c) als Gäste
- Herr Jablonski, Frau Pregitzer, Frau Sakarya-Demirci, Herr Huesmann, Frau Schroth, Frau Reiske (Senatorin für Kinder und Bildung)
Frau Blakqori, Frau Hartung (KiTa Bremen, KuFZ Bispinger Straße)
Frau Meyer-Mölleringhof (KiTa Bremen, KuFZ Carl-Severing-Straße)
Frau Kistner (KiTa Bremen, KuFZ Julius-Leber-Straße)
Herr Sommer (KiTa Bremen)
Frau Warnecke (Ev. Gemeinde Neue Vahr, Kita Heilig-Geist-Kirche)
Frau Szkoda (Kita Hanna-Harder-Haus)
Frau Noack-Kretschmer (Christliche Elterninitiative)
Herr Dahlenberg (Grundschule Paul-Singer-Straße)
Frau Bernau (Grundschule Witzlebenstraße)
Frau Ehrhorn (Grundschule In der Vahr)
Herr Sauter (Oberschule Kurt-Schumacher-Allee)
Herr Borges (Oberschule Julius-Brecht-Allee)

Teil 1: Begrüßung

Frau Dr. Mathes begrüßt die Gäste und bedankt sich bei den Vertreter/innen aus dem Haus der Senatorin für Kinder und Bildung für deren Erscheinen. Insbesondere bedankt sie sich bei der Grundschule Paul-Singer-Straße für die Bereitschaft, die Planungskonferenz erneut zu beherbergen.

Im Zentrum der heutigen Planungskonferenz ständen die Themen Sprachförderung und Elternarbeit an den Grundschulen und Kitas des Stadtteils. Die soziologischen Rahmendaten des Stadtteils seien dabei wie folgt:

- Im Stadtteil lebten etwa 27.000 Menschen;
- davon wiesen über 50% einen Migrationshintergrund auf;
- etwa 16% lebten in sog. Bedarfsgemeinschaften;¹ dieser Wert belaufe sich im Ortsteil Neue Vahr Nord auf über 21%;
- bei Menschen im Alter bis 15 Jahren liege der entsprechende Wert bei über 40%;²
- der ermittelte Sprachförderbedarf habe 2014 bei 38% und 2016 bei 42% betragen;³
- seit 2013 habe die Gewoba AG aus ihrem Wohnungsbestand in der Vahr etwa 450 Einheiten an geflüchtete Menschen vergeben. Es sei davon auszugehen, dass sich

¹ Zur Erklärung des Begriffs siehe unter <https://www.arbeitsagentur.de/content/1478798298346>.

² Die dargestellten Daten beziehen sich auf den Stichtag 31.12.2015. Neuere Daten sind vom Statistischen Landesamt noch nicht veröffentlicht. Weitere Informationen unter http://www.statistik-bremen.de/soev/statwizard_step1.cfm.

³ Es handelt sich hierbei um den Sprachförderbedarf, der bei allen Kindern im Alter von 4,5 bis 5 Jahren vor der Einschulung durch den sog. Cito-Test ermittelt wird. Näheres unter https://www.bildung.bremen.de/cito_sprachtest-4431.

unter den neu Zugezogenen zumindest 300 Kinder und Jugendliche befänden.

Herr Siegel zeigt sich erfreut über die zahlreich erschienenen Vertreter/innen aus den Behörden, Kitas und Schulen.

Die heutigen Themen der Planungskonferenz seien nicht neu, aber trotzdem für die weitere Entwicklung des Stadtteils wichtig. Das Ziel der heutigen Konferenz sei es, für die Kitas und Grundschulen im Stadtteil mehr Unterstützung zu erreichen.

Seit der letzten Planungskonferenz am 06.02.2015 habe es positive Veränderungen im Stadtteil gegeben:⁴

- die Kinder- und Familienzentren (KuFZ) Carl-Severing-Straße und Heinrich-Imbusch-Weg seien aus- und umgebaut worden;
- an der August-Bebel-Allee sei ein neues KuFZ entstanden als Vorläufereinrichtung des KuFZ auf dem sog. „Ampelspielplatz“;
- Aus- und Umbauten weiterer Kitas seien angelaufen oder ständen kurz bevor (Ev. Gemeinde Neue Vahr am Standort Heilig Geist, kath. Gemeinde St. Raphael am Standort St. Hedwig, Mütterzentrum Vahr und Christliche Elterninitiative).

Insgesamt sei dies aber zu wenig, so dass der Druck im Stadtteil und in den Einrichtungen weiter steige. Hier müsse Abhilfe geschaffen werden; dies betreffe im Grunde alle sozial benachteiligten Ortsteile bzw. Stadtteile. Auch die aktuelle Veröffentlichung des IQB-Bildungstrends 2016 habe deutlich gemacht, dass es im Bereich der Schulen weiteren Handlungsbedarf gebe.⁵ Die Grundschulen des Stadtteils hätten in einem eigenen Positionspapier („Grundschulen in prekärer Lage“) ebenfalls notwendige Verbesserungen angemahnt. Gleichzeitig sei er aber optimistisch, weil er wahrnehme, dass der zuständigen Behörde mehr als zuvor klar sei, dass mehr passieren müsse. Deshalb hoffe er heute auf gute Ergebnisse zu Gunsten von mehr Bildungsgerechtigkeit.

Teil 2: Vahrer Kinderbetreuungseinrichtungen

Situation in den Vahrer Kinderbetreuungseinrichtungen aus der Sicht der Kita-Leitungen

Die anwesenden Kita-Leitungen stellen folgende Sachverhalte dar:

- In den Kitas fänden sich Kinder aus zahlreichen Herkunftsländern, im KuFz Carl-Severing-Straße seien es bspw. 33. Bis zu 80% der Kinder wiesen einen Migrationshintergrund auf;
- neben die bekannten Muttersprachen Deutsch, Russisch, Polnisch, Türkisch und Arabisch seien zunehmend auch Sprachen aus Westafrika getreten. Vor allem Kinder aus afrikanischen Ländern könnten sprachlich nicht an Vertrautes anknüpfen;
- in den Krippen seien regulär acht Kinder untergebracht. Vielfach gebe es aber auch ein 9. und 10. Kind in der Krippen-Gruppe, für die die Ausstattung aber nicht ausreichend angepasst werde;
- eine besondere Herausforderung und Belastung für alle Beteiligten stellten die sog. „4. Quartals-Kinder“ dar.⁶ In einer Gruppe mit 20 Kindern befänden sich bis zu sechs Kinder, die das 3. Lebensjahr noch nicht vollendet hätten. Diese Kinder kämen mit dem zu frühen Übergang aus der Gruppe für unter Dreijährige in der Regel nicht zu Recht und seien überfordert. Gleichzeitig müssten viele dieser Kinder noch gewickelt werden;
- bis zu 20% aller Kinder hätten einen anerkannten Förderbedarf;
- die Verständigung mit Eltern ohne deutsche Sprachkenntnisse sei schwierig; insbesondere ein Austausch über Erwartungen und Erziehungsvorstellungen könne oft nicht geleistet werden;

⁴ Zur letzten Planungskonferenz am 06.02.2015 siehe unter <https://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/vahr/planungskonferenzen-4516>.

⁵ Das „Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen – Wissenschaftliche Einrichtung der Länder an der Humboldt-Universität zu Berlin e.V.“ hat vor kurzem die Ergebnisse des „IQB-Bildungstrend 2016 in der Primarstufe“ veröffentlicht. Nähere Informationen unter <https://www.iqb.hu-berlin.de/bt/BT2016>.

⁶ Nach § 8 Abs. 3 des „Ortsgesetzes zur Aufnahme von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege der Stadtgemeinde Bremen“ (Aufnahmeortsgesetz, BremAOG) sollen „Kinder, die spätestens am 31. Dezember eines Kindergartenjahres das 3. Lebensjahr vollenden, (...) jeweils zum Beginn des Kindergartenjahres in Kindergärten aufgenommen werden“.

- für eine Kindergartengruppe ständen etwa 1,5 Erzieherstellen zur Verfügung. Dies sei angesichts der Aufgaben, Belastungen und krankheitsbedingter Ausfälle zu wenig;
- Gleiches gelte für Leitungsstellen;
- die Fürsorgepflicht der Kita-Leitungen gegenüber den Mitarbeiter/innen habe an Gewicht gewonnen, da bspw. die Zahl der amtlichen Inobhutnahmen zugenommen habe, was das Personal massiv belaste. Gleichzeitig sei diesbezüglich festzustellen, dass der Informationsaustausch mit den Behörden unzulänglich sei;
- angesichts der Problemlagen sei es letztlich unmöglich, allen Kindern gleiche Chancen zu eröffnen und eine qualifizierte Bildungsarbeit zu leisten. Oftmals sei es nur möglich, „satt und sauber“ zu gewährleisten. Jede Absicht, in Kindergartengruppen ein 21. Kind aufzunehmen, entbehre daher der Grundlage. Eigentlich sollte eine Gruppe nicht mehr als 15 Kinder umfassen, damit ausreichend Zeit zur Verfügung stehe, ein Vertrauensverhältnis zu den Kindern aufzubauen, insbesondere zu Kindern mit Fluchterfahrungen, und Sprachanlässe zu schaffen, die den Spracherwerb förderten;
- Zeit müsse jedoch nicht nur für den Umgang mit den Kindern, sondern auch für den Austausch mit den Eltern zur Verfügung stehen.

Herr Sommer verdeutlicht ergänzend, dass das „Sofortprogramm Mobil-Bau (SoProMob)“ des Bremer Senats eine enorme Kraftanstrengung bedeute.⁷ KiTA Bremen habe stadtweit 700 neue Plätze in Krippen und Kindergärten geschaffen, das entspreche etwa 20 neuen Einrichtungen. Gleichzeitig seien etwa 200 neue Kolleg/innen eingestellt worden. Da der Fachkräftemangel so ausgeprägt sei, trete fast „eine Lähmung“ des Kita-Betriebs ein. In bestehenden Kitas kämen mit jedem neuen Kindergartenjahr neue Kinder hinzu, bei neuen Kitas seien gleichzeitig alle Kinder und das gesamte Personal neu; dies sei eine besondere Herausforderung. In der Gesamtschau sei tatsächlich nur „trocken und sauber“ zu gewährleisten.

Herr Sommer bestätigt, dass die Leitungsstunden knapp bemessen seien. Im Vergleich zu anderen Bundesländern seien nur in Bremen die Kita-Leitungen bspw. mit dem Mahnwesen für die Kita-Gebühren betraut.

Die Situation in Krippen-Gruppen mit neun oder zehn Kindern „brenne“, da für diese zusätzlichen Kinder keine Ausstattung gegeben sei.

Für den Kita-Neubau an der August-Bebel-Allee seien noch weitere Gespräche mit den Bau-trägern nötig, bis eine Kita entstehen könne, die sinnvoll gestaltet und ausgestattet sei.

Der krankheitsbedingte Personalmangel in den Kitas habe zugenommen. Inzwischen bestehe vielfach ein sich verschärfender Kreislauf aus Krankheit und Überlastung. In Folge dessen hätten die Notdienste zugenommen, was wiederum zu mehr Beschwerden der betroffenen Eltern führe.

Ausführungen der Senatorin für Kinder und Bildung

Einleitend stellt Herr Jablonski fest, dass sich das Ressort der Schwierigkeiten in den Kitas bewusst sei. Das Sofortprogramm sei tatsächlich eine Herausforderung: Bremen habe 2017 stadtweit 2.000 neue Kita-Plätze geschaffen. Gleichzeitig bestehe aber auch eine qualitative Herausforderung, weil jedes Kind bestmöglich gefördert werden solle. Der Senat sehe hier ein zentrales Handlungsfeld und werde in viele Quartiere zusätzliche Ressourcen steuern.

Angesichts der Gesamtlage, auch der haushälterischen, sei eine Gruppengröße von 15 Kindern augenblicklich aber nur eine „politische Vision“.

Frau Sakarya-Demirci stellt an Hand einer Präsentation das Ausbauprogramm des Bremer Senats, die Problematik bei der unterjährigen Aufnahme in die Kitas sowie Daten zum Migrationshintergrund der Kita-Kinder vor.⁸ Sie macht deutlich, dass v.a. Krippen-Plätze fehlten und der Fachkräftemangel, die (sprachlichen) Hürden für aus dem Ausland kommende Eltern sowie die Sprachförderung eine besondere Herausforderung darstellten.

Bislang sei für die Vahr eine Versorgungsquote von 45% für Kinder bis drei Jahre und von 96% für Kindergartenkinder erreicht worden. Politisch angestrebt würden 50 bzw. 98%. Im laufenden Kindergartenjahr werde zum 01.01.2018 eine weitere Kindergartengruppe im KuFZ Julius-

⁷ Näheres zum Sofortprogramm unter <https://www.bildung.bremen.de/sixcms/detail.php?qsid=bremen117.c.178606.de>.

⁸ Die Präsentation ist als **Anlage 1** diesem Protokoll angefügt.

Leber-Straße eröffnet. Zum Kindergartenjahr 2018/ 19 kämen insgesamt zehn Gruppen an den Standorten Haverbecker Weg (KuFZ Bispinger Straße), Mütterzentrum Vahr, St. Hedwig, Alten Eichen und im KuFZ August-Bebel-Allee hinzu.⁹ Der Neubau auf dem Ampelspielplatz werde ab dem Kindergartenjahr 2020/ 21 zur Verfügung stehen.

Insgesamt führe das Ressort für den Stadtteil Vahr augenblicklich noch 49 Kinder, deren Eltern eine Vermittlung in eine Kita ausdrücklich wünschten. Die 18 Kinder im Alter ab drei Jahren könnten zum 01.01.2018 in das KuFZ Julius-Leber-Straße vermittelt werden, für Kinder unter drei Jahren zeichneten sich jedoch keine schnellen Lösungen ab.

Im gesamten Stadtteil wiesen 75% der Kita-Kinder einen Migrationshintergrund auf, in den Ortsteilen schwankten die Werte zwischen 61 (Gartenstadt) und 79% (Neue Vahr Nord). Etwa 12% der Kinder verfügten über einen Fluchthintergrund.

Frau Pregitzer erläutert an Hand derselben Präsentation die Sprachförderquote im Stadtteil. Sie betrage knapp 44%, variere in den Ortsteilen aber zwischen 22 (Gartenstadt) und knapp 56% (Neue Vahr Südwest).¹⁰ Auffallend sei dabei, dass die Sprachförderquote mit der Armutsquote in den Ortsteilen korreliere.

Frau Pregitzer verdeutlicht, dass Sprachförderung nicht nur den Kindern zuteilwerde, bei denen der Cito-Test einen Bedarf festgestellt habe, sondern Sprachförderung erfolge frühzeitig, alltagsintegriert und für alle Kinder. 2017 sei der Mittelansatz für die Förderung von Kindern mit festgestelltem Förderbedarf deutlich erhöht worden; diese Mittelausweitung werde auch 2018 fortgesetzt.

Abschließend stellt Herr Jablonski fest, dass im Doppel-Haushalt 2018/ 19 zusätzliche Mittel bereitgestellt würden, um bspw. dem Fachkräftemangel zu begegnen, die Inklusion zu unterstützen und Kitas in einem schwierigen sozialen Umfeld zusätzliche Stunden für Sozialpädagog/innen zur Verfügung zu stellen.

Nachfragen beantworten die Referent/innen wie folgt:

- Wie bereits dargelegt, sei eine Gruppengröße von 15 Kindern augenblicklich nur ein politischer Wunsch. Angesichts des gewollten Ausbau, müsse sich das Ressort im nächsten Jahr „bereits ordentlich strecken“, um die augenblicklichen Gruppengrößen zu halten;
- für eine Flexibilisierung der Betreuungszeiten würde bereits ermittelt, wo und zu welchen Zeiten Bedarf bestehe. Vielleicht klappe es mit einem Modellversuch bereits zum Kindergartenjahr 2018/ 19;
- in Zeiten „ohne Erzieher/innen am Markt“ sei es zumindest diskussionswürdig, in Kitas auch andere denn Fachkräfte einzusetzen;
- es treffe zu, dass das 9. und 10. Kind in Krippen-Gruppen nicht den vollen Personalschlüssel erhalte, sondern lediglich eine zusätzliche Förderung. Im Vergleich der Bundesländer sei dies jedoch bereits eine gute Ausstattung;
- nachgedacht werde über eine neue Finanzierungssystematik, um eine größere Flexibilität für die Kitas zu erreichen;
- Bremen decke mit den Kita-Gebühren etwa 10% der Ausgaben. 56% der Eltern seien beitragsfrei gestellt. Im Moment könne es sich Bremen nicht leisten, über ein gebührenfreies drittes Kindergartenjahr oder gar über die Abschaffung der Gebühren insgesamt nachzudenken. Allerdings könnte sich Bremen einem solchen Vorhaben auch nicht gänzlich verschließen, sollte sich die Diskussion auf Bundes- und Länderebene ausweiten;
- Sprachförderung erfolge nicht erst bei Kindern mit einem diagnostizierten Förderbedarf, sondern bereits frühzeitig und präventiv;
- in Programme zur Sprachbildung würde insbesondere Kitas in schwierigen sozialen Lagen einbezogen.

⁹ Zum Zeitpunkt der Planungskonferenz ging die Senatorin für Kinder und Bildung von einem Bedarf aus, der zehn zusätzliche Gruppen notwendig mache. Mit Stand vom 01.12.2017 geht die Behörde davon aus, dass die vier für den Standort August-Bebel-Allee zusätzlich geplanten Gruppen zum Kindergartenjahr 2018/ 19 nicht benötigt werden. Gleichwohl wird der dortige Ausbau geprüft, um ggf. kurzfristig auf einen erhöhten Bedarf reagieren zu können.

¹⁰ Siehe hierzu Fn 3.

Aussprache

Herr Siegel begrüßt es, dass die Sprachförderung weiter ausgeweitet werden soll. Angesichts des erhöhten Bedarfs sei dies auch nötig. Außerdem wünsche er sich, dass die zusätzlichen Stunden für Sozialpädagog/innen möglichst bald wirksam würden. Nach wie vor halte er die Vertretungsreserve für zu gering bemessen. Er rege an, den Kitas direkt finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, um „geeignete Kräfte“ einstellen zu können, so dass sich in einer Gruppe auf zwei Stellen kommen lasse. Die zusätzlichen Kräfte müssten nicht zwingend ausgebildete Erzieher/innen sein. Weiterhin bemängle er die mangelhafte Ausstattung von Krippen-Gruppen im Falle eines 9. oder 10. Kindes.

Herr Sommer verdeutlicht, dass der Krankenstand in den Kitas augenblicklich erhöht sei. Das hänge auch mit der Eingewöhnungsphase der neuen Kinder zusammen. Insgesamt sei aber das zur Verfügung stehende Personal nicht auskömmlich. Er rege an, über flexible Gruppengrößen nachzudenken, um größere Spielräume zu erhalten. Bestehende Richtlinien zum Personaleinsatz in Kitas setzten bei einer beabsichtigten Abweichung vom Fachkräftegebot enge Grenzen. Der Einsatz von Fachkräften sei auch durchaus sinnvoll, so dass gut überlegt werden müsse, inwieweit hier abgewichen werden solle.

Es folgt eine zehnminütige Pause.

Teil 3: Vahrer Grundschulen

Vorstellung der Vahrer Grundschulen

Herr Dahlenberg stellt an Hand einer Präsentation die Grundschule Paul-Singer-Straße vor.¹¹ Er unterstreicht die Bedeutung der individuellen Sprachbildung in allen Unterrichtsfächern und bei allen Sprachanlässen, ebenso der 2015 eingeführten zusätzlichen Sprachförderbänder für alle Jahrgänge. Deutlich macht er auch die besondere Rolle der Beziehung zwischen Eltern und Schule. Differenzen zwischen Eltern und Schule wirkten sich nachteilig für den Lernerfolg des Kindes aus. Aus diesem Grund versuche die Schule, die Eltern weitreichend einzubeziehen. Als guter Ansatz habe sich das Modellprojekt „Durchgängigkeit in der Sprachbildung von der Kita in die Grundschule – Sprachbildung von Anfang an“ erwiesen, das die Schule inzwischen in Kooperation mit dem KuFZ Carl-Severing-Straße und der Kita Heilig-Geist der Ev. Gemeinde Neue Vahr durchführe.¹² Problematisch sei, dass gegenwärtig die Elternlotsen nicht zur Verfügung ständen.¹³

Herr Dahlenberg benennt abschließend seine Wünsche, so u.a.

- zusätzliche Lehrerstunden für die Fächer Mathematik und Deutsch;
- zusätzliches Personal, um für die Kinder, die den Vorkurs verlassen haben, zusätzliche Sprachförderung anbieten zu können;
- Entlastungsstunden insbesondere für Klassenleitungen.

Frau Bernau schließt mit einer Präsentation zur Grundschule Witzlebenstraße an.¹⁴ Zunächst stellt sie fest, dass die Grundschule im laufenden Schuljahr erstmals vierzünftig sei. Sie verdeutlicht darüber hinaus, dass

- die afrikanischen Sprachen an der Schule zunehmen;
- unter den 265 Schüler/innen 106 muttersprachlich deutsch sprächen;
- 35 der neu eingeschulten Kinder einen Sprachförderbedarf hätten. Sprachförderung werde aber darüber hinaus auf vielfältige Weise für alle Kinder betrieben;
- inzwischen etwa 80% der Kinder, die den Vorkurs besuchten, im Anschluss an der Schule verblieben. Zuvor seien die Vorkurs-Schüler/innen mehreren Grundschulen zugeordnet gewesen;
- sich die Schule Unterstützung wünsche durch

¹¹ Die Präsentation ist als **Anlage 2** diesem Protokoll angefügt.

¹² Nähere Informationen zu diesem Modellprojekt finden sich im [Protokoll Nr. 5](#) der gemeinsamen Sitzung der Fachausschüsse „Bildung und Kultur“ und „Integration und Soziales“ am 15.09.2016.

¹³ Bei den Elternlots/innen handelt es sich um Sprach- und Kulturmittler/innen für den russischen, türkischen und nord-afrikanischen Sprachraum.

¹⁴ Die Präsentation ist als **Anlage 3** dem Protokoll angefügt.

- mehr Personal, das Doppelbesetzungen und Halbgruppen-Arbeit ermögliche;
- wie von Herrn Dahlenberg bereits beschrieben mehr Personal für Kinder im Übergang aus dem Vorkurs;
- weniger verpflichtende Unterrichtsstunden zu Gunsten einer verstärkten Elternarbeit;
- mehr Personal für die Schulsozialarbeit und
- mehr Personal, um den Übergang Kita-Grundschule besser gestalten zu können.

Abschließend stellt Frau Ehrhorn mit einer Präsentation die Grundschule In der Vahr vor.¹⁵ Zusätzlich zu ihren Vorredner/innen weist sie darauf hin, dass sich seit 2015/ 16 vermehrt Schüler/innen an der Schule befänden, die durch Fluchterfahrungen belastet seien; auch die Fälle von Kindeswohlgefährdung hätten zugenommen. Neben dem Sprachförderband setze die Schule in den Klassen 1 und 2 weitere zwei Stunden zur Sprachbildung ein. Als zielführend habe sich der gebärdenunterstützte Singkreis erwiesen.

Frau Ehrhorn ergänzt die bereits geäußerten Wünsche durch

- die Herabsetzung der 2016 erhöhten Klassenfrequenz von jetzt 24 Schüler/innen;
- zusätzliche personelle Ressourcen für die Ganztagsgruppen, um wirksam der Bildungsbenachteiligung entgegen arbeiten zu können;
- Angebote für Kinder mit Fluchterfahrungen;
- ein kostenfreies drittes Kindergartenjahr, um zu erreichen, dass alle Kinder vor der Grundschule bereits in eine Kita gingen.

Ausführungen der Senatorin für Kinder und Bildung

Herr Huesmann beschreibt an Hand von Rahmendaten die soziale Situation der Vahrer Grundschulen:¹⁶

- die Zuweisungsrichtlinie teile den einzelnen Schulen ihre Ressourcen zu;¹⁷
- die Mittelzuweisung für den Aufgabenbereich „Fördern und besondere Aufgaben“ sei bislang nach den Sozialindikatoren der Schülerschaft erfolgt.¹⁸ Hierbei bewegten sich die Grundschulen Paul-Singer-Straße und Witzlebenstraße in Stufe 4 (von 5) und die Grundschule In der Vahr in Stufe 3;
- ein besserer Indikator sei der Anteil der Kinder mit sog. „blauer Karte“.¹⁹ Hier fänden sich die Vahrer Grundschulen auf einem ähnlichen Niveau wie die Planbezirke Osterholz, Huchting, Blumenthal und Gröpelingen;
- ähnlich stelle sich die Situation beim Migrationshintergrund der Schüler/innen dar. Hier liege die Vahr mit knapp 76% deutlich über dem Bremer Durchschnitt von 52%;
- auch bei der Sprachförderquote bewege sich die Vahr im oberen Drittel der Stadtteile; die Förderquote sei in den letzten drei Jahren angestiegen.

Die Mittelzuweisung ausschließlich über Sozialindikatoren habe sich zwischenzeitlich als nicht mehr angemessen erwiesen. Das Ressort werde deshalb zukünftig die Faktoren „Inklusionsquote“ und „Integrationsleistung“ in die Berechnung einbeziehen und damit die Zuweisungspraxis ändern. Außerdem werde das Ressort im zweiten Schulhalbjahr die Lernzeit ausweiten. Auf Grund des finanziellen Rahmens eines Haushaltsnotlagelandes werde dies zunächst nur für einige Grundschulen erfolgen. Dies beinhalte eine zusätzliche Stunde Mathematik und Deutsch je Woche. Hinzu käme eine Flexibilisierung der Grundschulzeit: Dies bedeute, die Klassen 1

¹⁵ Die Präsentation ist als **Anlage 4** dem Protokoll angefügt.

¹⁶ Die Präsentation ist als **Anlage 5** dem Protokoll angefügt.

¹⁷ Die „kommunale Zuweisungsrichtlinie“ regelt die Art und den Umfang der Ressourcen, die jede einzelne Schule erhält. Dazu gehört der „Grundbedarf“ („Unterricht nach Stundentafel“, Zuweisungen für Schüler/innen mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf im Bereich Lernen, Sprache und Verhalten (LSV), ggf. Zuweisungen für Klassen mit Schüler/innen mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf im Bereich Wahrnehmung und Entwicklung (W+E) und Lehrerwochenstunden für den teilgebundenen und gebundenen Ganztags), die „Leitungszeit“, die „Unterrichtsvertretung“ sowie Mittelzuweisungen für „Fördern und besondere Aufgaben“.

¹⁸ „Fördern und besondere Aufgaben“ umfasst z.B. Fremdsprachenangebote und erweiterte Sprachfördermaßnahmen.

¹⁹ Die sog. „blaue Karte“ wird von den Jobcentern an Kinder und Jugendliche in Schule und Ausbildung ausgegeben, die Leistungen nach SGB II („Hartz 4“) erhalten. Sie berechtigt u.a. zur kostenfreien Teilnahme an Schulausflügen und Mensaessen. Ein Teil der Leistungen wird nur auf Antrag gewährt.

und 2 ggf. innerhalb von drei Jahren zu absolvieren.²⁰ Außerdem solle die Verweildauer in Vorkursen flexibilisiert werden.

Maßnahmen der Senatorin für Kinder und Bildung zu den Bereichen Sprachförderung und Elternarbeit

Frau Schroth setzt die Präsentation fort und stellt das Sprachbildungskonzept des Bildungsressorts, das bereits erwähnte Modellprojekt „Durchgängigkeit in der Sprachbildung“ sowie die Sprachförderbänder der Grundschulen vor. Letztere sollen zwischenzeitlich auf alle Grundschulen ausgeweitet werden. Der Bremer Lese-Intensivkurs (BLIK), der für alle Vahrer Grundschulen angeboten werde, habe sich bewährt und Lese-Defizite bei den Schüler/innen der 1. Klasse aufgefangen. Gleiches gelte für die externe LRS-Förderung; diese müsste eigentlich noch ausgeweitet werden. Für die bereits erwähnten Elternlotsen hoffe sie auf eine baldige Lösung.

Herr Huesmann problematisiert die Zukunft der Vorkurse und Klassenfrequenzen. Der anhaltende Familiennachzug stelle eine große Herausforderung dar. Vor allem in der 3., 4., 7. und 8. Klassenstufe komme es zu vergleichsweise vielen Quereinsteiger/innen, die aus den Vorkursen kämen. Auf diesen Klassenstufen seien die Klassenfrequenzen, selbst bei einer tolerierten und letztlich nicht akzeptablen Überbelegung von 10%, vielfach ausgereizt. Hier müsse neu gedacht werden – in Zusammenarbeit mit den Schulen.

Bei der Elternarbeit sollten in Zusammenarbeit mit externen Trägern gezielt Angebote im Sinne eines Elternbildungsprogramms entwickelt werden.

Im Falle der Grundschulen werde über sog. „Stabilisierungsklassen“ nachgedacht. Dies solle ein zusätzliches Angebot für Schüler/innen mit einem erhöhten Förderbedarf darstellen.

Aussprache

Auf die Nachfrage von Herrn Michalik, ob die geplante Bebauung der Galopprennbahn Auswirkungen auf die bisherigen Fördermaßnahmen und die Kapazitäten in den Vahrer Grundschulen haben werde, weist Frau Dr. Mathes darauf hin, dass mit einer Bebauung nicht vor 2021 zu rechnen sei und zuvor noch ein umfangreicher Planungs- und Beteiligungsprozess erfolgen werde. Herr Siegel ergänzt, dass zunächst die vorhandenen Grundschulen geprüft würden und anschließend über Neu- oder Ausbauten entschieden werde.

Herr Siegel begrüßt die beabsichtigte Änderung der Zuwendungspraxis und hofft auf deren baldige Einführung, nachdem bspw. am Schulstandort Oberschule Kurt-Schumacher-Allee mit der Neuberechnung der Sozialindikatoren die Klassenfrequenzen angehoben worden seien.²¹ Ebenfalls begrüßt er die Flexibilisierung der Vorkurs-Teilnahme und die Ausweitung der Lernzeit. Zusätzliche Ressourcen würden aber benötigt für die Ausweitung der Zusammenarbeit mit den Eltern und – zumindest für Grundschulen in schwieriger Lage – sollte eine Doppelbesetzung in der Klasse gegeben sein. Nach wie vor vermisse er, dass an der Grundschule Paul-Singer-Straße die Sozialarbeiterstelle von einer halben auf eine ganze Stelle ausgeweitet werde.

Herr Maas begrüßt seinerseits die Option der „Stabilisierungsklassen“. Auf seinen Einwand, dass Schreiben lernen nach dem Hören bei Kindern mit Migrationshintergrund nicht angemessen sei und Rasterzeugnisse für Eltern vielfach unverständlich seien, erwidert Frau Schroth, dass

- nur in einer anfänglichen sog. „alphabetischen Phase“ nach Gehör geschrieben werde. Dabei werde das Schreiben an lautgetreuen Wörtern orientiert. Unterstützend gebe es

²⁰ Zu den vorgenannten Maßnahmen siehe die Mitteilung des Senats vom 01.11.2017 „Konsequenz aus dem IQB-Bildungsstand. Pakt zur Verbesserung der Bildungsqualität“ unter <http://www.bremischebuergerschaft.de/dokumente/wp19/land/drucksache/-D19L1341.pdf>.

²¹ Zum Schuljahr 2017/ 18 wurden die Sozialindikatoren, bezogen auf die Ortsteile, erstmals nach anderen Indikatoren berechnet als zuvor. Bis zum Schuljahr 2013/ 14 gingen über 20 Indikatoren in die Berechnung ein („Benachteiligungsindex“). Zwischen 2013/ 14 und 2017/ 18 wurden die Sozialindikatoren nicht neu ermittelt. In die neue Berechnung gehen nur noch sieben Indikatoren ein. Im Ergebnis sahen sich einige Schulen mit besseren Sozialindikatoren und höheren Klassenfrequenzen und geringeren Fördermitteln konfrontiert.

hierzu den „Bremer Rechtschreibschatz“.²² Durchgängiges Schreiben lernen durch Hören sei überholt;

- es Rasterzeugnisse in den Grundschulen nur für die Fächer Deutsch und Mathematik gebe. Die Leistungen in anderen Fächern würden durch Texte abgebildet, was sie für problematisch halte. Sie gehe aber davon aus, dass diese Zeugnisse in den nächsten Jahren noch besser würden.

Auf die Frage von Herrn Maas, wie mit Kindern aus autoritären Familienstrukturen umgegangen werde, antwortet Frau Bernau, dass mit den Eltern gezielt der Austausch über die gegenseitigen Bildungserwartungen gesucht werde. Außerdem werde den Eltern der Bildungserwerb in der Schule erklärt. Frau Ehrhorn weist ergänzend darauf hin, dass die Grundschulen mit ihren Strukturen und Ritualen durchaus einen Rahmen für die Kinder schüfen.

Der eigentlich tragende Indikator sei nicht „Migrationshintergrund“, sondern „Armut“, so Herr Sauter. Er kenne nur aus Bremen eine derart deutlich ausgeprägte Trennung in arme und wohlhabende Stadtteile. Er erlebe das Schulsystem als strukturell unterfinanziert und eine ständige Überforderung des Personals; die geforderte Elternarbeit komme für viele Lehrkräfte „oben drauf“. An den Vahrer Oberschulen seien in der Tat die meisten Klassen überfrequent. Gespräche zwischen Behörde und Schulen, um an dieser Situation etwas zu ändern, begrüße er deshalb.

Herr Andreßen bezeichnet die Vahr als „Integrationsmaschine für Bremen“ und erwartet deshalb auch, dass mit dem Stadtteil entsprechend umgegangen werde, d.h. die Schulen müssten zusätzliche Mittel für die Förderung der Schüler/innen erhalten. Da viele Klassen „am Limit“ seien, sehe er nur die Auflösung der bestehenden Klassenverbände und die anschließende Bildung neuer – für die Schulen sei dies mit einer erheblichen Unruhe verbunden – oder die Bildung neuer Klassen für diejenigen Schüler/innen, die neu hinzukämen.

Teil 4: Ausblick/ Verabredungen

Herr Siegel bedankt sich bei allen Anwesenden für die gute Sitzung. Es sei deutlich geworden, dass in den Kitas und Grundschulen des Stadtteils eine gute Arbeit geleistet werde. Von Seiten der Behörde seien neue Angebote vorhanden, die angekündigten Veränderungen und zusätzlichen Ressourcen müssten aber schnell in die Wege geleitet werden. Er erhoffe sich vor allem eine Entlastung der Kollegien.

Frau Dr. Mathes bestätigt, dass der Stadtteil über sehr engagierte Schul- und Kita-Leitungen verfüge. Die Diskussion sei mit der heutigen Sitzung nicht beendet. Der Beirat werde sich weiter beraten und für die kommende Beiratssitzung am 12.12.2017 entsprechende Anträge vorbereiten.

Sprecher

Sitzungsleitung

Protokoll

Siegel

Dr. Mathes

Berger

²² Für den „Bremer Rechtschreibschatz“ siehe unter http://www.lis.bremen.de/fortbildung/grundschulen/bremer_rechtschreibschatz-84913. Siehe ergänzend die Pressemitteilung der Senatorin für Kinder und Bildung vom 24.11.2017 unter <http://www.senatspressestelle.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen146.c.279495.de&asl=bremen02.c.732.de>.